

Stand: 08.08.2025 15:35:03

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/2626

"Mehr Aufnahmeplätze für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in Bayern schaffen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/2626 vom 10.07.2014
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/4114 des SO vom 06.11.2014
3. Beschluss des Plenums 17/4561 vom 27.11.2014
4. Plenarprotokoll Nr. 30 vom 27.11.2014
5. Plenarprotokoll Nr. 31 vom 02.12.2014



Antrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Katharina Schulze, Kerstin Celina, Ulrich Leiner, Claudia Stamm** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Mehr Aufnahmeplätze für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in Bayern schaffen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Inobhutnahmeplätze für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge schnell auszuweiten und dafür zu sorgen, dass ein flächendeckendes und ausreichendes Hilfsnetz geschaffen wird.

Die notwendige Ausweitung der Stellen in den Jugendämtern muss zu einer Erhöhung der Personalkostenerstattung an die Kommunen führen.

Begründung:

Aus einer Antwort der Staatsregierung vom 7. Mai 2014 geht hervor, dass 114 zentrale Inobhutnahmeplätze in Bayern für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge zur Verfügung stehen. Die bestehenden Einrichtungen reichen jedoch bei weitem nicht aus, um die jugendlichen unbegleiteten Flüchtlinge, die vor allem in den grenznahen Landkreisen Rosenheim, Miesbach und Berchtesgadener Land und anderen Landkreisen ankommen, aufzunehmen. Im Landkreis Rosenheim sind beispielsweise bis zum 30. Juni 2014 250 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge angekommen. Ihre Aufnahme überfordert die Einrichtungen vor Ort, auch die derzeitigen zentralen Inobhutnahmeplätze in Bayern reichen nicht aus, um die Jugendlichen aufzunehmen. Die Kommunen sind gefordert, die vorhandenen Inobhutnahmeplätze schnell zu erweitern und neue Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungen zu schaffen, die Staatsregierung steht in der Verpflichtung, die Kommunen bei Ihren Vorhaben zu unterstützen, und für eine bessere Verteilung in den Einrichtungen in Bayern zu sorgen. Sinnvoll ist es, wenn die Jugendlichen auf dezentrale Inobhutnahmeplätze in ganz Bayern verteilt werden.

Ein weiteres Zuwarten führt zur Überforderung der Jugendhilfeeinrichtungen in den grenznahen Landkreisen, personell und materiell. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden psychisch überfordert. Die Jugendamtsleitung in Rosenheim berichtet von extremen Personalengpässen und Überbelastung. Die Lücken in der erforderlichen Betreuung werden zum Teil von ehrenamtlichen Helferkreisen ausgefüllt. Ehrenamt kann aber die Arbeit der Jugendämter nur ergänzen und auch nicht ersetzen. Die Staatsregierung muss für adäquate personelle Ausstattung der Jugendämter und die Unterstützung der Ehrenamtlichen sorgen.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Drs. 17/2626

Mehr Aufnahmeplätze für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in Bayern schaffen

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatlerin: **Christine Kamm**
Mitberichterstatlerin: **Michaela Kaniber**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 20. Sitzung am 2. Oktober 2014 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag in seiner 45. Sitzung am 6. November 2014 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.

Joachim Unterländer
Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Katharina Schulze, Kerstin Celina, Ulrich Leiner, Claudia Stamm** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 17/2626, 17/4114

Mehr Aufnahmeplätze für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in Bayern schaffen

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Abg. Christine Kamm

Abg. Thomas Huber

Abg. Angelika Weikert

Abg. Dr. Hans Jürgen Fahn

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 12** auf:

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mehr Aufnahmeplätze für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in Bayern schaffen (Drs. 17/2626)

Ich eröffne die Aussprache. Die Redezeit beträgt fünf Minuten. Kollegin Kamm befindet sich schon am Rednerpult.

Christine Kamm (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben die Räumung des Hungerstreiks am Sendlinger Tor miterlebt. Im Gespräch mit den Flüchtlingen hat man sehr verzweifelte Menschen getroffen. Die Menschen sind perspektivlos ohne Recht auf Arbeit und Ausbildung über viele Jahre hinweg. Teilweise leben sie schon seit sechs Jahren hier in Gemeinschaftsunterkünften. Sie haben keine Perspektive auf ein besseres Leben. Wir wollen es erst gar nicht dazu kommen lassen, dass Menschen in Bayern derart perspektivlos leben müssen. Stattdessen wollen wir erreichen, dass die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge in Bayern gut qualifiziert werden, in Arbeit kommen und damit eine gute Zukunft haben. Das ist das Beste, was wir machen können. Selbst wenn die Flüchtlinge nicht bei uns bleiben, ist dies ein sehr guter Beitrag für die Entwicklung ihrer Heimatländer. Was in den Heimatländern am meisten fehlt, sind gut ausgebildete junge Leute.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn die Flüchtlinge jedoch bei uns bleiben, sollen sie hier nicht verelenden, sondern wir wollen, dass sie ein selbstgestaltetes und selbstverantwortliches Leben führen können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In diesem Sinne haben wir am 10. Juli beantragt, dass die Inobhutnahmeplätze für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge schnell ausgeweitet werden und ein flächende-

ckendes und ausreichendes Hilfsnetz geschaffen wird. Damals gab es 114 Inobhutnahmeplätze für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in Bayern. Die Zahl der Plätze ist auf 205 ausgebaut worden. Doch das reicht bei Weitem nicht. Zudem besteht eine regional extrem unterschiedliche Verteilung der Inobhutnahmeplätze. Wir haben fünf Einrichtungen mit je circa 60 Plätzen in München; wir haben zwei größere Einrichtungen in Nürnberg mit 46 Plätzen; wir haben zwei Einrichtungen in Augsburg mit 30 Plätzen; dazu kommen drei weitere Einrichtungen in Schwaben, sodass sich in Schwaben insgesamt fünf Einrichtungen befinden. Unterfranken, Regensburg und Niederbayern verfügen jeweils über eine Einrichtung. Ein flächendeckendes Netz sieht anders aus. Wir müssen mehr tun, um jugendlichen Flüchtlingen eine echte Perspektive zu bieten, damit sie nicht, wie es derzeit immer noch der Fall ist, in Provisorien untergebracht werden.

Wir haben einen sehr großen Hilfebedarf. Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, die Fluchtwege sind deutlich länger geworden. Wenn man mit den Mitarbeitern dieser Einrichtungen spricht, stellt man fest, dass 70 % der jugendlichen Flüchtlinge traumatisierende Fluchterlebnisse hatten. Sie haben somit einen hohen Hilfebedarf. Dieser Aufgabe sollten wir uns stellen. Ich meine, die jugendlichen Flüchtlinge haben unser Engagement verdient.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Im zweiten Absatz unseres Antrags fordern wir, dass die Ausweitung der Stellen an den Jugendämtern staatlich unterstützt werden muss. Dazu möchte ich auf eine uns vorliegende Petition der Stadt Passau von Mitte Oktober verweisen. Die Stadt Passau formuliert in einer Resolution des gesamten Stadtrats: Der Freistaat soll dafür Sorge tragen, dass die Stadt Passau unverzüglich bei den Aufgaben der Inobhutnahme von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen unterstützt und entlastet wird. Die Stadt Passau hat in diesem Jahr bereits 320 Jugendliche in Obhut genommen. Bis zum Jahresende muss mit mehr als 400 Jugendlichen gerechnet werden. Da keine geeigneten Jugendhilfeeinrichtungen zur Verfügung stehen, müssen die Jugendlichen in Notunter-

künften, zum Beispiel in einer Schulturnhalle, untergebracht werden. Das Jugendamt ist trotz massiver interner und externer Personalverstärkung unter den gegebenen Umständen nicht in der Lage, ein bedarfsgerechtes, richtlinienorientiertes Clearingverfahren durchzuführen.

Die Stadt Passau verweist auch darauf, dass die von der Staatsregierung angekündigte Gesetzesinitiative im Bundesrat zu einer quotenmäßigen Verteilung in Deutschland keineswegs eine Lösung der derzeit vorhandenen Probleme darstellt. Das liegt zum einen daran, dass wir jetzt sofort handeln müssen, zum anderen daran, dass wir es nicht gutheißen können, Flüchtlinge bloß zu verteilen; denn sie müssen auch dort, wohin sie gelangen, gut versorgt werden. In diesem Sinne bitte ich um Unterstützung für unseren Antrag.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. Bevor ich Herrn Kollegen Huber ans Rednerpult bitte, gebe ich bekannt, dass die CSU-Fraktion namentliche Abstimmung beantragt hat.

Thomas Huber (CSU): Liebe Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Kamm, wir sind uns alle in dem Ziel einig, mehr Aufnahmeplätze für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in Bayern zu schaffen. Das war bereits am 2. Oktober Thema im Sozialausschuss, nachdem Sie Ihren Antrag vom 10. Juli 2014 eingebracht haben. In der Zwischenzeit ist einiges passiert. Wir waren uns auch am 2. Oktober parteiübergreifend einig.

(Beifall bei der CSU)

Ich führe nur drei Zitate an: Wir glauben, dass wir auf einem guten Weg sind. – So äußerte sich Gabi Schmidt von den FREIEN WÄHLERN. Frau Kamm, ein Zitat von Ihnen aus dieser Sitzung: Ich sehe die gute Arbeit, die viele Leute leisten, nicht zuletzt die Jugendhilfeämter. – Frau Kollegin Weikert: Es ist zuzugestehen, dass wirklich viel pas-

siert und dass die Behörden sehr hilfsbereit sind, wenn es um die Schaffung neuer Einrichtungen geht.

Es gibt ein Handlungskonzept zur Unterbringung der unbegleiteten Minderjährigen, auf dessen Basis der Ausbau der Angebotsstrukturen in der Jugendhilfe mit Hochdruck vorangetrieben wurde und wird. Sie alle miteinander müssen eingestehen, dass sich in den letzten Wochen einiges getan hat. Mit diesem Handlungskonzept wurde auch auf die Problematik der adäquaten Unterbringung der unbegleiteten Minderjährigen reagiert. Daraus ergibt sich auch, dass die Plätze in zentralen Inobhutnahmeeinrichtungen nicht ausreichen. Wir reden hier nichts schön, sagen aber auch ganz genau, was passiert ist, und das darf man auch in diesem Zusammenhang tun. Dieses Handlungskonzept berücksichtigt selbstverständlich die Tatsache, dass die Zahl der unbegleiteten Minderjährigen in diesem Jahr nicht bei 600, wie es ursprünglich auf Basis der Vorjahreswerte prognostiziert wurde, sondern bei rund 3.000 liegen wird, also mittlerweile fünfmal so hoch.

Was wurde erreicht? – Aktuell ist ein Ausbaustand von über 200 Plätzen in zentralen Inobhutnahmeeinrichtungen in ganz Bayern erreicht. Ich nenne München, Augsburg, Abensberg, Nürnberg, Würzburg, um beispielhaft ein paar aufzuzählen. Insgesamt wurden bis Oktober 2014 circa 1.000 neue Plätze in der Jugendhilfe geschaffen. Allein zwischen Mitte Oktober und Mitte November konnten für die Landeshauptstadt München, den Landkreis und die Stadt Rosenheim sowie die Stadt Passau im Rahmen der bayernweiten Verteilung circa 250 weitere Plätze vermittelt werden. Wir danken hier auch den betroffenen Kommunen für die hervorragende Arbeit. Bis Weihnachten sollen zusätzlich circa 250 Plätze hinzukommen.

Bei einer gemeinsamen Besprechung mit den Heimaufsichten der Regierungen wurde vereinbart, dass im Laufe des Jahres 2015 als Ausbauziel über 450 zentrale Inobhutnahmestellen angestrebt werden sollen. Damit können pro Jahr circa 2.800 unbegleitete Minderjährige von diesen Einrichtungen aufgenommen werden. Auch das führt zu einer Entspannung. Die bayernweite Verteilung der unbegleiteten Minderjährigen wird

mittelfristig über die Schaffung zentraler Inobhutnahmeeinrichtungen in allen Regierungsbezirken erfolgen, wie in dem Antrag gefordert. Die Verteilung wird bei vorrangiger Belegung von Anschlussplätzen im zugeordneten Regierungsbezirk deutlich verbessert.

Frau Kamm, zum zweiten Absatz Ihres Antrags sage ich Ihnen ganz deutlich: Den Kommunen entstehen vor allem bei der Führung von Amtsvormundschaften und für sonstige Verwaltungstätigkeiten erhebliche Kosten, die nicht gedeckt sind. Das wissen Sie auch; darüber haben wir schon diskutiert. Anstelle einer pauschalen Erhöhung der Personalkostenerstattung zielt das Konzept der Staatsregierung deshalb auf die gezielte finanzielle Entlastung der Kommunen im Bereich der Übernahme von Zuständigkeiten für unbegleitete Minderjährige ab. Im Doppelhaushalt 2015/2016 ist nur für diesen Bereich eine erhebliche Aufstockung der Mittel zur Entlastung der Kommunen in Höhe von 8,5 Millionen Euro pro Jahr enthalten. Dieser Betrag kann zur Erstattung dieser Verwaltungskosten der Kommunen und für den Ausbau der Inobhutnahmestellen eingesetzt werden. Das, werte Kolleginnen und Kollegen, ist ein weiterer Grund, diesem Haushalt zuzustimmen.

Abschließend möchte ich auf einen sehr wichtigen Aspekt hinweisen. Er betrifft den letzten Punkt, den Sie angesprochen haben, nämlich die Bundesratsinitiative, die der Freistaat Bayern eingebracht hat. Mit ihr soll eine notwendige Änderung des Paragraphen 42 im Achten Buch Sozialgesetzbuch erreicht werden, um unabhängig vom Aufgriffsort eine bessere Verteilung schon bei Inobhutnahme zu ermöglichen und eine bessere Regelung der Verwaltungskosten zu erreichen.

All das zeigt, dass momentan alles getan wird, um mehr Aufnahmeplätze für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge zu schaffen. Ihre Forderungen sind also bereits weitestgehend erfüllt. Unterstützen Sie bitte über Ihre Parteikanäle die Bundesratsinitiative und stimmen Sie dem Haushalt zur Entlastung der Kommunen zu!

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. Bitte verbleiben Sie am Rednerpult; es folgt eine Zwischenbemerkung der Kollegin Kamm.

Christine Kamm (GRÜNE): Herr Kollege Huber, Sie haben jetzt dargelegt, was alles getan werden soll. Sie stimmen der Feststellung zu, dass noch ein erheblicher Handlungsbedarf besteht. Nichts anderes besagt unser Antrag. Somit könnten Sie unserem Antrag eigentlich zustimmen; denn das, was Sie angekündigt haben, ist ja noch nicht passiert.

Thomas Huber (CSU): Ich habe überhaupt nichts angekündigt; ich habe beschrieben, was in diesem Handlungskonzept steht und was in der Zwischenzeit umgesetzt wurde. Die 1.000 Plätze sind geschaffen.

(Christine Kamm (GRÜNE): Sie sind nicht da!)

- Lassen Sie mich ausreden, wenn Sie etwas gefragt haben. – Die über 200 zentralen Inobhutnahmestellen sind bereits entstanden. Dass sie bayernweit verteilt werden, ist bereits umgesetzt. Zur Lösung des Problems der Verwaltungskosten haben wir Mittel in den Doppelhaushalt eingestellt. Ich frage mich, was jetzt noch offen ist. 450 Inobhutnahmestellen lautet das Ausbauziel für 2015. Ich habe Ihnen gesagt, dass damit 2.800 unbegleitete Minderjährige pro Jahr das Clearingverfahren durchlaufen können. Die Laufzeit des Verfahrens beträgt jetzt circa drei Monate. In Zukunft soll dieses Clearingverfahren zwischen sechs und acht Wochen dauern. Das bedeutet eine erhebliche zeitliche Reduzierung. Das ist das Einzige, das in der Zukunft kommt. Aber schneller geht es halt einfach nicht, tut mir leid.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Ich bitte die Kollegin Weikert zum Rednerpult und gebe inzwischen noch das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Antrag der Abgeordneten Bause, Hartmann, Steinberger und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) betreffend "Behandlung von pechhaltigem Stra-

ßenaufbruch in Bayern", Drucksache 17/2625, bekannt: Mit Ja haben 50 gestimmt, mit Nein 68, Stimmenthaltungen: 11. Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 8)

- Frau Weikert, Sie haben das Wort.

Angelika Weikert (SPD): Vielen Dank. Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Kollege Huber, es ist richtig, was Sie geschildert haben. Es ist richtig, dass es seit Anfang dieses Jahres eine Entscheidung gibt, wonach unbegleitete minderjährige Flüchtlinge oder Flüchtlinge, die ohne näheren Anhang – das kann man als Fränkin besser ausdrücken, mit den "unbegleiteten" ist das etwas schwierig – nach Deutschland oder nach Bayern kommen, durch das Jugendamt in Obhut genommen werden. Seit Anfang dieses Jahres sind das Sozialministerium und die Jugendämter in den beteiligten Kommunen bemüht, dieser Aufforderung nachzukommen. Betrachten Sie diesen Antrag, den wir schon im Oktober im Sozialausschuss diskutiert haben, dennoch als Appell, bei diesen Bemühungen nicht nachzulassen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ähnlich wie bei den neu zu schaffenden Erstaufnahmeeinrichtungen in allen Regierungsbezirken haben die Kommunen natürlich Probleme, geeignete Immobilien zu finden, um ein Clearingverfahren durchzuführen – Herr Kollege Huber hat es geschildert –, das ganz wichtig ist, um am Anfang den Bildungsstand und vieles mehr, vielleicht auch die Möglichkeit einer Familienzusammenführung, zu klären. Dafür sind nach einem standardisierten Verfahren sechs bis acht Wochen, maximal drei Monate vorgesehen. Dafür fehlen natürlich überall in Bayern geeignete Immobilien. Das ist auch ein Appell an das Ministerium und an die Immobilien Freistaat Bayern, nach Möglichkeiten zu suchen, damit man vor Ort solche Stellen einrichten kann. Ich glaube, nichts anderes wollen die GRÜNEN letztlich mit ihrem Antrag erreichen.

Ich will das Thema zum Anlass nehmen, um noch auf etwas hinzuweisen, was zwar nicht im Antrag steht, was aber mir oder uns, der SPD-Fraktion, eigentlich fast noch wichtiger ist – Kollegin Kamm hat es kurz angesprochen –: Das sind die Perspektiven für diese jungen Menschen. Vor ungefähr zehn Tagen habe ich beim Frühstück "B5 aktuell" gehört und habe gedacht: Was passiert jetzt? Ich habe gehört, dass sich Ministerpräsident Horst Seehofer und der Präsident der Industrie- und Handelskammer in Bayern dafür aussprechen, für junge Flüchtlinge, die nach Bayern kommen, einen besonderen Aufenthaltstitel zu bewilligen, damit sie unabhängig von ihrem Asylverfahren oder Flüchtlingsstatusfeststellungsverfahren eine Ausbildung aufnehmen und diese beenden können und danach noch für mindestens zwei Jahre in Deutschland bleiben können. Ich fand diesen Vorstoß von Ministerpräsident Seehofer und dem Präsidenten der Industrie- und Handelskammer in Bayern sehr gut. Ich will Sie alle ermuntern, das voranzutreiben. Horst Seehofer hat gesagt, er will das in Berlin vortragen. Wenn Sie das beim Koalitionspartner CSU in Berlin machen – wir tun das schon seit Längerem bei dem anderen Koalitionspartner SPD –, dann haben wir schon zwei von drei überzeugt; dann kann dieser Titel vielleicht in den nächsten Wochen und Monaten tatsächlich zuerkannt werden.

(Unruhe)

- Hier im Raum ist ein fürchterliches Gemurmel, das muss ich jetzt einfach einmal sagen. An dieser Stelle hört man es vielleicht deutlicher. – Ich kehre zurück zum Thema: Sollte das in Berlin nicht gelingen, hat das Land Bayern die Möglichkeit, einen besonderen Aufenthaltstitel für die betroffenen Jugendlichen zu schaffen.

Kolleginnen und Kollegen, in den zurückliegenden Tagen wurden im Bayerischen Fernsehen in der Themenwoche Toleranz einige dieser Fluchtgeschichten aufgezeigt, insbesondere von jungen Flüchtlingen, von Flüchtlingen, die ohne Eltern nach Deutschland kamen; einige davon habe ich begleitet. Ich unterstütze diese Gruppe in Nürnberg seit zwanzig Jahren. Ich kann nur sagen: Diese Jugendlichen sind hoch mo-

tiviert. Sie kommen zum Teil mit einer guten Vorbildung und erreichen in kürzester Zeit die tollsten Schulabschlüsse.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Geben wir ihnen in Bayern eine faire Chance, damit sie angstfrei und ohne damit rechnen zu müssen, in drei oder vier Wochen vom Ausländeramt vorgeladen zu werden und zu hören, dass sie das Land verlassen müssen, eine Ausbildung machen können. Mit einer Ausbildung können sie ihr zukünftiges Leben selbstständig gestalten.

Ein Letztes zur bundesweiten Verteilung – das muss ich noch loswerden –: Der Präsident der bayerischen IHK will diese Jugendlichen gar nicht mehr hergeben. Lesen Sie den "Münchner Merkur": Perspektiven für junge Leute. Der will die eigentlich alle hier behalten. Nutzen wir die Chance!

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nun bitte Kollege Dr. Fahn.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Vor nicht einmal einem Jahr, am 20.12.2013, fand in der Katholischen Stiftungshochschule in München ein Runder Tisch zum Thema "Zukunft Jugendhilfe - Die Aufnahme von unbegleiteten Minderjährigen in der Jugendhilfe" statt. Es waren Fachleute der Inneren Mission, des Stadtjugendamts und auch ein Vertreter des Sozialministeriums anwesend. Auch die politischen Parteien wurden dazu eingeladen. Von der CSU war niemand da.

Dass wir in Bayern mehr tun müssen, hatte die damalige Ministerin Christine Haderthauer schon im August 2013 erkannt und einen Kurswechsel angekündigt. Bei diesem Runden Tisch im Dezember 2013 war auch Hans Dick vom Sozialministerium anwesend. Er sprach von einem Paradigmenwechsel. "Paradigmenwechsel" heißt zu Deutsch, dass die Jugendlichen nicht mehr in Erstaufnahmeeinrichtungen kommen, sondern in Einrichtungen der Jugendhilfe. Damals wurde aber auch gesagt, dass

diese Einrichtungen in anderen Bundesländern, zum Beispiel Berlin, Hamburg, Nordrhein-Westfalen oder dem Saarland, schon seit vielen Jahren bestehen. Viele fragten damals auch, warum Bayern erst jetzt damit anfängt, warum Bayern erst jetzt auf diese Idee kommt. Ich sage Ihnen das, weil es in der Diskussion zum Thema Asyl in den letzten Monaten immer so ist, auch beim Thema Erstaufnahmeeinrichtungen: Bayern kommt immer relativ spät, andere waren schon vorher da, dann kommen solche Anträge wie heute, und dann wird gesagt: Wir haben schon alles getan, wir tun alles, deshalb lehnen wir den Antrag ab. – Ich sage ganz klar: Wir lehnen den Antrag der GRÜNEN nicht ab, wir stimmen ihm zu, obwohl ganz klar ist, Herr Huber, dass natürlich etwas getan wird und etwas getan werden musste, das wissen doch alle. Aber das heißt noch lange nicht, dass dieser Antrag deshalb insgesamt unsinnig ist. Es gibt immer noch viele ungeklärte Fragen, zum Teil sind die Plätze noch zu wenige, Kommunen müssen im Hauruckverfahren neue Plätze schaffen. Das ist insgesamt das Problem. Man schaut auch immer nur darauf, was der Bayerische Städtetag oder der Landkreistag sagt.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Die sehen hier großen Nachholbedarf. Der Städtetag zum Beispiel wünscht, dass die minderjährigen Flüchtlinge entsprechend dem Schlüssel für erwachsene Flüchtlinge umverteilt werden. Das würde die Kommunen entlasten. Das ist auch eine Position der FREIEN WÄHLER. Die Kommunen berufen sich auf eine Zusage von Ministerpräsident Seehofer von Anfang November 2014, dass die bisher von den Bezirken getragenen Kosten für die Unterbringung minderjähriger unbegleiteter Flüchtlinge vom Freistaat übernommen werden. Deswegen ist es wichtig, das auch hier noch einmal zu sagen.

Aber, da sind wir uns ja inzwischen alle einig, meine Damen und Herren: Kinder brauchen Schutz, Sie brauchen Orte, an denen sie sehr gut untergebracht werden. Wir haben jetzt gerade das 25-jährige Bestehen der UN-Kinderrechtskonvention aus dem Jahre 1989. Da ist es wichtig, auch darauf hinzuweisen, dass Kinder insgesamt Schutz brauchen. Es gibt auch positive Beispiele, ganz klar, zum Beispiel eine Clea-

ringstelle im Don Bosco in Würzburg. Dort wurden inzwischen zwölf Plätze eingerichtet, es werden insgesamt 24 werden.

Es wird immer wieder gesagt, diese Jugendlichen benötigen einen angemessenen Zugang zu Schule und Ausbildung. Jeder unbegleitete Jugendliche braucht einen Sprachkurs. Wichtig ist auch, dass die Jugendlichen hier ihre Berufsausbildung, sofern sie eine begonnen haben, zu Ende führen können. Der Bayerische Städtetag weist darauf hin, dass viele Städte und Landkreise inzwischen erkannt haben – Frau Weikert hat es angesprochen -, dass vor allem die jungen Flüchtlinge hoch motiviert sind. Die jungen Flüchtlinge sind lernbereit, und sie können langfristig eine Hilfe bei dem immer drängender werdenden Fachkräftemangel sein. Deshalb ist es wichtig, diese Leute zu unterstützen.

Zum Schluss noch: Der Bayerische Lehrer- und Lehrerinnenverband, der BLLV, hat vor einigen Wochen auf die dramatische Situation von Flüchtlingskindern hingewiesen und ein unbürokratisches Notprogramm gefordert. Dabei ging es um die Bereitstellung von zehn Millionen Euro für die Schulen. Die FREIEN WÄHLER haben das auch bei den Haushaltsberatungen gefordert. Leider wurde das – das muss man hier einmal sagen – von der CSU im Haushaltsausschuss mehrheitlich abgelehnt. Dieses Thema ist bei der Staatsregierung noch nicht ganz angekommen. Deshalb ist es wichtig und wertvoll, heute im Plenum noch einmal darüber zu reden.

Ich finde es toll, dass der Bayerische Lehrer- und Lehrerinnenverband Unterrichtsmaterialien herausgegeben hat. Es ist richtig, wenn dessen Vorsitzender Klaus Wenzel sagt: Städte, Gemeinden und die Nachbarschaft müssen ein positives Umfeld schaffen, in dem Kinder und Jugendliche noch stärker als bisher gefördert werden. – Deswegen unterstützen wir den Antrag. Wir sagen: Es wird etwas getan; aber es könnte noch viel mehr getan werden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Deshalb ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen jetzt zur Abstimmung, die wir in namentlicher Form durchführen. Der federführende Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration empfiehlt die Ablehnung des Antrags. Ich eröffne die Abstimmung. Fünf Minuten!

(Namentliche Abstimmung von 18.12 bis 18.17 Uhr)

Ich schließe die Abstimmung. Wir zählen außerhalb des Saales aus. Wir geben dann das Ergebnis noch bekannt. Solange unterbreche ich die Sitzung.

(Unterbrechung von 18.17 bis 18.19 Uhr)

Ich nehme die Sitzung wieder auf und gebe das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Antrag der Abgeordneten Bause, Hartmann, Kamm und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) betreffend "Mehr Aufnahmeplätze für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in Bayern schaffen", Drucksache 17/2626, bekannt. Mit Ja haben 56 gestimmt, mit Nein haben 63 gestimmt, Stimmenhaltungen: null. Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 9)

Jetzt schließe ich die Sitzung und wünsche einen guten Nachhauseweg.

(Schluss: 18.20 Uhr)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 27.11.2014 zu Tagesordnungspunkt 12: Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Mehr Aufnahmeplätze für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in Bayern schaffen (Drucksache 17/2626)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X			Gehring Thomas	X		
Aigner Ilse		X		Gerlach Judith			
Aiwanger Hubert	X			Gibis Max			
Arnold Horst	X			Glauber Thorsten			
Aures Inge	X			Dr. Goppel Thomas			
				Gote Ulrike	X		
Bachhuber Martin		X		Gottstein Eva			
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X			Güll Martin			
Bauer Volker		X		Güller Harald	X		
Baumgärtner Jürgen		X		Guttenberger Petra		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried							
Bause Margarete				Haderthauer Christine			
Beißwenger Eric		X		Häusler Johann			
Dr. Bernhard Otmar		X		Halbleib Volkmar			
Biedefeld Susann				Hanisch Joachim	X		
Blume Markus		X		Hartmann Ludwig	X		
Bocklet Reinhold		X		Heckner Ingrid		X	
Brannekämper Robert		X		Heike Jürgen W.		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X		Herold Hans		X	
Brückner Michael		X		Dr. Herrmann Florian		X	
von Brunn Florian	X			Herrmann Joachim			
Brunner Helmut				Dr. Herz Leopold	X		
				Hiersemann Alexandra	X		
Celina Kerstin	X			Hintersberger Johannes		X	
				Hofmann Michael		X	
Dettenhöfer Petra		X		Holetschek Klaus		X	
Dorow Alex		X		Dr. Hopp Gerhard		X	
Dünkel Norbert		X		Huber Erwin		X	
Dr. Dürr Sepp				Dr. Huber Marcel			
				Dr. Huber Martin		X	
Eck Gerhard				Huber Thomas		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X		Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Eisenreich Georg		X		Huml Melanie			
Fackler Wolfgang		X		Imhof Hermann			
Dr. Fahn Hans Jürgen	X						
Fehlner Martina				Jörg Oliver		X	
Felbinger Günther							
Flierl Alexander		X		Kamm Christine	X		
Dr. Förster Linus	X			Kaniber Michaela		X	
Freller Karl				Karl Annette	X		
Füracker Albert				Kirchner Sandro		X	
				Knoblauch Günther	X		
Ganserer Markus				König Alexander			
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X			Kohnen Natascha	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd			
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton			
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich	X		
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig			
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas	X		
Dr. Magerl Christian	X		
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter			
Mistol Jürgen	X		
Müller Emilia			
Müller Ruth	X		
Mütze Thomas			
Muthmann Alexander			
Neumeyer Martin			
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena			
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pschierer Franz Josef			
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radlmeier Helmut			
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz			
Rinderspacher Markus			
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard			
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard			
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred		X	
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi			
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin			
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl			
Sengl Gisela			
Sibler Bernd			
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana	X		
Stamm Barbara			
Stamm Claudia	X		
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus			
Straub Karl		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen			
Dr. Strohmayr Simone	X		
Stümpfig Martin			
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter			
Trautner Carolina			
Unterländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl			
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika	X		
Dr. Wengert Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit			
Winter Georg		X	
Winter Peter			
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	56	63	0

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

Geschäftliches

(Beginn: 14.05 Uhr)

Präsidentin Barbara Stamm: Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 31. Vollsitzung des Bayerischen Landtags. Presse, Funk und Fernsehen sowie die Fotografen haben um Aufnahmegenehmigung gebeten. Diese ist - wie immer - vorab erteilt worden.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, weise ich darauf hin, dass der Tagesordnungspunkt 11 entfällt, da der Antrag im letzten Plenum am 27. November noch abschließend beraten werden konnte.